



Türkische Justiz deckt Vergewaltigungen und Morde:

In den vergangenen Jahren klagten kurdische Frauen wiederholt sexualisierter Folter und Vergewaltigungen an, die durch türkische Soldaten systematisch verübt wurden. Sexualisierte Gewalt und Folter an Frauen und Mädchen sind Bestandteile des Krieges der türkischen Armee gegen die kurdische Bevölkerung. Doch das Geflecht aus Sexismus, Rassismus und Militarismus beschränkt sich nicht auf die Strukturen von Polizei und Militär. Auch die türkische Justiz verurteilte bislang kaum die Täter. Ein weiterer Vorfall wurde nun aus der kurdischen Stadt Bingöl bekannt: Im Mai 2013 erstattete die 16-jährige Kurdin E.A. bei der Staatsanwaltschaft Anzeige gegen Unteroffiziere und Soldaten, die sie vergewaltigt hatten. Die Gymnasialschülerin erklärte, dass sie 2011 im Alter von 14 Jahren von dem Unteroffizier Yusuf A. verschleppt und sexuell gefoltert wurde. In der darauffolgenden Zeit wurde sie von insgesamt acht in Bingöl stationierten Soldaten - von denen die Namen Mustafa T., Mevlüt K., Serdal K. ve Hakki bekannt sind - mehrfach vergewaltigt. E.A. stellte mit ihrer Anwältin Strafantrag und verlangte die Verhaftung der Täter. Die Staatsanwaltschaft Bingöl leitete gegen fünf Unteroffiziere ein Ermittlungsverfahren ein; vier von ihnen wurden zunächst festgenommen. Jedoch verfügte am 18. Juni 2013 eine übergeordnete gerichtliche Instanz die Freilassung der Armeeangehörigen und verhängte das Verbrechen. Des Weiteren wurde bekannt, dass an dem Tatort des Verbrechens mit einem weiteren Kasernenbau begonnen wurde. Seitdem protestieren E.A., die Bevölkerung von Bingöl, Frauenorganisationen und MenschenrechtsverteidigerInnen gegen die Freilassung der Täter sowie die Entscheidung des Gerichtes, das Verfahren mit einem Geheimhaltungsbeschluss zu behandeln. Gemeinsam mit ihnen fordern wir die Festnahme der Soldaten, die Aufhebung der Geheimhaltung der Ermittlungen sowie ein Ende der sexistischen Vergewaltigungskultur und der Militärpräsenz. Die militärischen und paramilitärischen Strukturen der türkischen Armee in Kurdistan müssen aufgelöst werden, denn sie stellen eine Gefahr für das Leben und die Sicherheit der Bevölkerung dar.

Systematische Menschenrechtsverletzungen der türkischen Armee in Kurdistan dauern an

Nach der gezielten Ermordung von 35 Zivilisten in Roboski und den brutalen Polizeiangriffen auf die demokratischen Proteste gegen die AKP-Regierung in vielen Städten der Türkei, schoss das türkische Militär am 28.6.2013 gezielt in eine Bevölkerungsmenge, die gegen einen Kasernenneubau in der kurdischen Stadt Lice protestierte. Hierbei wurde der 18-jährige kurdische Jugendliche Medeni Yildirim getötet, weitere 10 DemonstrantInnen wurden schwer verletzt. Auch bei diesen Morden deckt die türkische Justiz die Täter und Verantwortlichen. Mit einem Beschluss vom 11.06.2013 erklärte die Staatsanwaltschaft in Diyarbakir, dass sie für die Ermittlungen bezüglich des Massakers von Roboski nicht zuständig sei und die Akten an die militärische Staatsanwaltschaft des türkischen Generalstabs über-

wiesen habe. Während die Angehörigen der Opfer und MenschenrechtsverteidigerInnen auf das Schärfste gegen dieses Urteil und den Versuch protestieren, dass gezielte Massaker der türkischen Luftwaffe in Roboski als „Unfall“ zu verharmlosen, sind die Angehörigen mit erneuten Schikanen konfrontiert. Angehörige, die zum Gedenken an ihre Kinder und Brüder an den Ort des Massakers gegangen waren, erhielten nun hohe Geldstrafen wegen „unerlaubten Grenzübertrittes“. Sechs kurdische Jugendliche, die am 30.12.2011 in Aydin gegen das Roboski-Massaker protestiert hatten, wurden im Juni 2013 vom Strafgericht in Izmir zu Gefängnisstrafen zwischen 37 und 19 Jahren (!) verurteilt, während die Täter immer noch auf freiem Fuß sind. Auch im Falle der Ermordung von Medeni Yildirim zeichnet sich ein ähnlicher Justizskandal ab. Die Staatsanwaltschaft verhängte auch hier einen „Geheimhaltungsbeschluss“. Ohne Gerechtigkeit kann es keinen Frieden geben, deshalb muss die Verdunklungspraxis der türkischen Justiz endlich beendet sowie unabhängige Untersuchungs- und Gerechtigkeitskommissionen eingesetzt werden.

Im Zuge des Dialogs für eine demokratische Lösung der kurdischen Frage zwischen dem kurdischen Repräsentanten Abdullah Öcalan und der türkischen Regierung, ziehen sich die kurdischen Guerillakräfte aus dem türkischen Staatsgebiet zurück. Anstatt eine erneute Eskalation zu provozieren, müssen jetzt die türkische Regierung, Justiz und Militär endlich ihrer Verantwortung nachkommen. Hierzu gehört:

- Vergewaltiger und Kriegsverbrecher müssen verhaftet, angeklagt und bestraft werden!
- Angriffe, Militär- und Verhaftungsoperationen müssen umgehend eingestellt werden!
- Der Neubau von Militärstützpunkten und das Dorfschützersystem müssen beendet werden!

Quelle: Ceni e.V.



Kurznachrichten:

Veranstaltungsankündigungen:

Do. 4. Juli 2013 um 19:30 Uhr: Demokratischer Konföderalismus und aktueller Friedensprozess in Kurdistan

Vortrag und Diskussion zu folgenden Fragen:

- Wie sehen Lösungsansatz und gesellschaftliche Alternativen der kurdischen Bewegung aus?
 - Wie ist der aktuelle Dialog zwischen Öcalan und der türkischen Regierung zu bewerten?
 - Welche Auswirkungen hat der Widerstand auf dem Taksim Platz in Istanbul?
 - Welche Rolle spielt die Frauenbewegung beim Aufbau des Demokratischen Konföderalismus und im Friedensprozess? bis zum 10. Juli 2013: Fotoausstellung „Damit die Freiheit nicht nur ein Wunsch bleibt“
- Veranstaltungsort:** Zakk, Fichtenstraße 40, 40233 Düsseldorf
VeranstalterInnen: Ceni & Zakk

Di. 9. Juli 2013 um 19 Uhr Ausstellungseröffnung und Buchvorstellung „Widerstand und gelebte Utopien“

Veranstaltung über Frauenorganisation und Frauenbefreiung in Kurdistan, eingeladen sind alle nicht-männlich sozialisierten.

Veranstaltungsort:
Naturfreundehaus Kalk
Kapellenstrasse 9a, Köln

Do. 11. Juli 2013 um 17 Uhr Lesung & Diskussionsveranstaltung „Widerstand und gelebte Utopien“

Wie können wir als Frauen frei leben? Wie kann eine freie Gesellschaft auf der Grundlage von Demokratie, Ökologie und Geschlechterbefreiung aufgebaut werden? Das sind Schlüsselfragen, mit denen sich die kurdische Frauenbewegung auseinandersetzt und die in dem Buch „Widerstand und gelebte Utopien“ im Rahmen von Interviews diskutiert werden.

Veranstaltungsort:
Studentische Frauenbibliothek Lieselle an der Ruhr-Universität Bochum, GA 02/60, 44780 Bochum; Kooperationsveranstaltung mit: Autonomes FrauenLesbenReferat der RUB, Frauenbibliothek Lieselle, Ceni, YKK - Bochum

Im Anschluss lädt das Autonome FrauenLesbenReferat zum veganen Grillen ein!

Gemeinsame Erklärung von Frauen zum TAKSIM/GEZI PARK Widerstand:

Verschiedene Frauenorganisationen, Frauenhäuser und Frauennotrufe in Deutschland haben eine gemeinsame Erklärung zum Widerstand im Gezi Park in Istanbul und den Protesten gegen die AKP-Politik veröffentlicht. Sie fordern ein sofortiges Ende der brutalen Polizeigewalt und erklären sich solidarisch mit den (Frauen)Stimmen für Demokratie, Gleichberechtigung und Menschenrechte, die in Istanbul, in vielen Städten der Türkei und Kurdistans immer lauter werden. In der Erklärung, die vom Bundesverband der Migrantinnen in Deutschland e.V. initiiert wurde, heißt es:

„Der Kampf um den Erhalt des Gezi Parks hat sich zu einem grundsätzlichen Widerstand gegen die undemokratische und autoritäre AKP-Regierung um Recep Tayyip Erdogan entwickelt. Die Protestbewegung wird von breiten Bevölkerungsteilen und unterschiedlichen sozialen Bewegungen getragen. Und – eben auch von Frauen. In den Straßen von Istanbul und anderen Städten, trotzen (junge) Frauen der massiven Polizeigewalt, die seit Tagen nicht abreißen will. Sie besetzen öffentliche Plätze und Straßen – dort, wo sie jahrelang nicht geduldet und ausgeschlossen wurden. Frauen erheben ihre Stimmen für Gleichberechtigung, für Selbstbestimmung und körperliche Unversehrtheit. Sie sind ein unzertrennlicher Teil des landesweiten Volksaufstandes. Ministerpräsident Erdogan agiert als vollstreckender Henker der Frauenrechte, denn Frauen und ihre Rechte werden mit Füßen getreten:

- Seit seiner Regierungsübernahme im Jahr 2002 sind Fälle von Gewalt gegen Frauen um 1.400 Prozent gestiegen!
- 72% der schutzsuchenden Frauen sind von staatlichen Hilfesystemen ausgeschlossen.
- Im vergangenen Jahr legte die AKP Regierung einen Gesetzesentwurf vor, mit dem das Recht auf Abtreibung grundlegend eingeschränkt und die Kaiserschnittgeburten nahezu verboten werden soll.
- Mit der sog. „4+4+4“ bezeichneten Bildungsreform hat Ministerpräsident Erdogan einen Freifahrtschein für Kinder-/Mädchenheirat ausgestellt.
- Überkommenen Wertevorstellungen und patriarchalische Denkweisen haben sich in der türkischen Justiz durchgerungen. Im November 2011 rechtfertigte ein türkisches Gericht die systematische Gruppenvergewaltigung an einer 13-Jährigen in der Stadt

Mardin (Schande-Urteil). Im Jahr 2012 wurden acht wegen Gruppenvergewaltigung und Folter verdächtige Männer durch das Gericht „aus Mangel an Beweisen“ freigesprochen“ (Fethiye-Urteil).

Die Bilanz der AKP Regierungspolitik ist aus Sicht der Frauen verheerend. Sie ist ein tragisches Zeugnis einer konservativen Regierung, die Kinderheirat legalisiert, den geistigen und politischen Nährboden für Gewalt gegen Frauen legt, Täter schützt und Opfer bestraft, das Selbstbestimmungsrecht der Frau über ihren Körper nicht anerkennt und gar verletzt, sowie Politik mit dem Körper der Frau betreibt. Auf die Forderungen der Demonstranten reagiert der türkische Staat mit brutaler Polizeigewalt. Mit Wasserwerfern, gepanzerten Fahrzeugen und Tränengas gehen Polizisten gegen Menschen vor, Tränengasbehälter werden gezielt auf die Körper der Demonstranten geschossen, es gibt Tausende Verletzte.

Trotz Gespräche mit Vertretern des Bündnisses „Taksim Solidarität“ machte Erdogan seine Drohung wahr und veranlasste am Samstagabend, 15.06.2013 die gewaltsame Stürmung des Taksim Platzes und des Gezi-Parks. Zum Zeitpunkt der Polizeiangriffe befanden sich viele Familien mit kleinen Kindern im Park. Deutsche Journalisten vor Ort und Delegationen aus der Türkei schildern von „kriegsähnlichen Zuständen“. Am 16.06.2013 wurde in Ankara der Trauerzug des zweiten Opfers, Ethem Sarisülük, mit Tränengas und Wasserwerfern begleitet. Das Bündnis meldete Hunderte Verletzte und forderte die Einstellung der Polizeigewalt. Unterdessen droht die AKP-Regierung mit weiteren „harten Schritten“.

Wir, die Unterzeichnerinnen dieser Erklärung, beobachten die aktuellen Ereignisse in der Türkei mit großer Sorge. Wir fordern Ministerpräsident Erdogan auf, die Polizeigewalt umgehend zu stoppen und seine bisherige „Politik der Eskalation“ einzustellen! Gleichzeitig drücken wir unsere Solidarität mit den friedlichen Demonstranten aus, die sich für die Herstellung und Wahrung von Demokratie und Menschenrechten einsetzen. Unsere besondere Solidarität gilt allen Frauen im Protest, die in diesen Tagen, - unabhängig ihrer ethnischen und religiösen Herkunft – Schulter an Schulter und entschlossen ihre Stimmen für ihre Gleichberechtigung erheben.“

Quelle: www.migrantinnen.net

Frauenkämpfe und Frauenkultur

Das 9. Zilan Frauenfestival fand am 22. Juni 2013 mit ca. 5000 TeilnehmerInnen in Dortmund statt. Es war den drei kurdischen Aktivistinnen gewidmet, die am 9.01.2013 in Paris ermordet wurden. Vorstandsmitglieder von Cenî betonten die vielfältigen Anliegen des Festivals: „Wir sind zusammen gekommen, um die sozialen und lückenlose Aufklärung der Morde an Sakine, Fidan und Leyla zu fordern. Wir erklären unsere Solidarität mit den Menschen, die in Istanbul, in den verschiedenen Städten der Türkei und Kurdistans, in Brasilien und vielen anderen Ländern gegen Umweltzerstörung, Gentrifizierung, Polizeigewalt und jegliche Form der Unterdrückung Widerstand leisten.“ Besondere Grüße wurden an die Friedensmütter

ausgesprochen, die in den Bergen Kurdistans ihre Zelte aufgeschlagen haben, um türkische Militäroperationen zu verhindern und sich für den Erfolg des Friedensprozesses engagieren. Eine Vielzahl an Frauenorganisationen und Verbänden hatten rund um den Veranstaltungsort ihre Informationszelte aufgebaut und begrüßten das Festival mit ihren Solidaritätsbotschaften. Auf besonderes Interesse stieß das traditionelle kurdische Nomadenzelt, in dem der „Verband der Künstlerinnen aus Mesopotamien“ mit Literatur, Gesang, Tänzen und Kleidern verschiedene Facetten der Kultur kurdischer Frauen vorstellte. In einem weiteren Zelt fanden Lesungen und eine Podiumsdiskussion zum Thema „Die Rolle von Frauen in

Friedensprozessen“ statt. Sprecherinnen von der baskischen Partei Sortu/Baskische Abertzale Linke, vom Demokratiekongress der Völker (HDK) aus Izmir und der kurdischen Frauenbewegung wiesen in ihren Beiträgen darauf hin, dass in Friedensphasen starkes politisches Engagement von Frauen wichtig ist: „Friedensprozess bedeutet nicht, dass wir uns passiv zurückziehen. Im Gegenteil, in dieser Phase müssen wir entschlossener und organisierter denn je gegen Faschismus, gegen jede Form von Unterdrückung und Herrschaft kämpfen. Für den Aufbau des Friedens wollen wir mit Frauen aus allen Ländern zusammenkommen...“ Auch das Musik- und Kulturprogramm fand großen Anklang bei den Teilnehmerinnen. *Cenî e.V.*

Di. 16. Juli 2013 um 19 Uhr ... damit die Freiheit nicht nur ein Wunsch bleibt!

Aktuelle Situation in Kurdistan aus der Perspektive der kurdischen Frauenbewegung; alle Interessierten sind eingeladen.

Veranstaltungsort:

Naturfreundehaus Kalk
Kapellenstrasse 9a, Köln

Junge Frauen organisieren sich

Am 1. Juni 2013 veröffentlichte der „Patriotische Revolutionäre Verband Junger Frauen Kurdistans (YDGK)“ seine Gründungserklärung. In vielen Städten Kurdistans feierten junge Frauen die Gründung des ersten eigenständigen Verbandes junger Frauen in Nordkurdistan mit nächtlichen Demonstrationen und Feuerwerken. Auf einer Kundgebung in Wan erklärte eine Vertreterin des YDGK: „Unser Ziel ist es, die Freiheit junger Frauen durch eigenständige Organisation auf der Grundlage der Frauenbefreiungsideologie zu erreichen. Wir werden den Frauenbefreiungskampf überall verstärken. Wir sind keine Opfer. Wir fordern unseren eigenen Status und Platz in der Gesellschaft. Die Attentate auf Sakine Cansız, Fidan Doğan und die junge Frauenaktivistin Leyla Şaylemez in Paris haben gezeigt, dass das System starke Frauen nicht ertragen kann. Wir werden unseren Widerstand gegen jede Form der Kolonialisierung, gegen Kriminalisierung und Verhaftungen, gegen die Prostitutions- und Drogenmafia weiter ausweiten.“

Quelle: JIN-HA



Cenî Info

erscheint monatlich und kann als Online-Version oder in gewünschter Stückzahl bei Übersendung des Portos bestellt werden:

Cenî – Kurdisches Frauenbüro für Frieden e.V.
Corneliusstr. 125-40215 Düsseldorf
E-mail: cenî_frauen@gmx.de
<http://www.cenî-kurdistan.com/>
Spenden sind willkommen:

Stadt Sparkasse Düsseldorf
BLZ: 300 50 110
Konto-Nr.: 1004439715